

WIEBES WEITWINKEL

Wie die Volksbanken über den Tisch gezogen werden

Frank Wiebe

Neulich schrieb mir der Vorstand einer Raiffeisenbank: „Können Sie sich, wenn es um die Bankenabgabe geht, meine Ohnmacht und Wut vorstellen?“ Ich kann.

Die Volks- und Raiffeisenbanken werden nach bisheriger Erkenntnis den Löwenanteil der Bankenabgabe finanzieren. Diese Abgabe soll dazu dienen, die Finanzbranche für die nächste Krise abzusichern, ihr ein zusätzliches Polster zu verschaffen, damit der Staat nicht wieder einspringen muss.

Nur: Die Volks- und Raiffeisenbanken haben die letzte Finanzkrise nicht verursacht. Sie waren auch viel weniger als Privatbanken oder öffentlich-rechtliche Institute darin verwickelt, und sie mussten nicht vom Staat gerettet werden. Sie haben ein ausgesprochen konservatives Geschäftsmodell, sollen aber ihren Hals für große Konkurrenten hinhalten, die erheblich spekulativere Geschäfte machen.

Nicht nur bei der Bankenabgabe werden sie jetzt groß zur Kasse gebeten. Weil sie ihr Geschäft vorzugsweise im Inland machen, zahlen sie hier auch eine Menge Steuern. Die Möglichkeit, Auslandserträge hier steuerfrei zu vereinnahmen, haben sie kaum. Dazu

Die Genossenschaften machen dem Steuerzahler am wenigsten Ärger und werden vom Staat systematisch gegenüber der Konkurrenz benachteiligt.

kommt: Im Wettbewerb um die Spargelder der Kunden müssen sie gegen eine ganze Reihe von Konkurrenten antreten, die vom Staat unterstützt werden oder - wie die Sparkassen - ohnehin der öffentlichen Hand gehören. Eine derartige Rückendeckung ist kein schlechtes Argument gegenüber den Kunden. Die Volks- und Raiffeisenbanken müssen dagegen aus eigener Kraft die Sparer überzeugen, ihnen Vertrauen zu schenken.

In der öffentlichen Wahrnehmung geht häufig unter, dass diese Bankengruppe ordnungspolitisch sauberer aufgestellt ist als fast alle Konkurrenten. Genossenschaften sind rein private Unternehmen. Sie profitieren nicht vom Staat und sind in der Regel auch so klein, dass sie im Krisenfall nicht auf Staats-

hilfe rechnen könnten, sondern das Problem im Verbund mit den anderen Genossenschaften lösen müssten. Ist diese klare Übernahme der unternehmerischen Verantwortung durch private Investoren - die Genossen - nicht eine tragende Säule der Marktwirtschaft?

Hinzu kommt: Wer heute durch eine durchschnittliche Kleinstadt läuft und nach einer Bank sucht, findet häufig nur eine Filiale der Raiffeisenbank und der Sparkasse und dann noch, vermischt mit einem Schreibwarenladen, die Postbank. Anders gesagt: Das einzige komplette privatwirtschaftliche Angebot sind hier die Genossenschaften. Ganz ähnlich sieht es aus, wenn man sich die Briefbögen kleinerer Mittelständler anschaut: Auch dort findet sich eher das Konto der Volksbank als das einer Großbank.

Wenn man den Genossenschaften eines vorwerfen kann, dann höchstens, dass ihre Lobby nicht schlagkräftig genug ist. Aber ist das ein Grund, diesen Teil der Finanzbranche über den Tisch zu ziehen?

Der Autor ist Kolumnist.

Sie erreichen ihn unter:

wiebe@handelsblatt.com

DIE MEINUNG
UNSERER LESER

Eine Quote ist nicht zielführend

Zu: „Mehr Mut Frau Merkel“, Handelsblatt vom 13.5.2011

Auch ohne Quote ist der Frauenanteil in Ländern, in denen die Rahmenbedingungen in der von Ihnen beschriebenen Weise bereits existieren, über alle Hierarchien signifikant höher. Eine Quote ist m. E. daher nicht zielführend, da es erst des erhöhten Angebotes von qualifizierten Frauen bedarf, um sie einstellen zu können. Nehmen wir an, dies wäre der Fall, dann darf ich Ihnen versichern, dass der ganz überwiegende Teil der Wirtschaft insbesondere auf Führungsebene nach Qualifikation und nicht nach Geschlecht einstellt. Kaum jemand wird einen niedriger qualifizierten Mann einer besser qualifizierten Frau bei der Einstellung vorziehen. Der Nutzen einer Quote wäre m. E. daher vernachlässigbar. Allerdings sehe ich in einer Quote die erhebliche Gefahr, mangels Angebot eine schlechter qualifizierte Frau einstellen zu müssen, um eben dieser Quote gerecht zu werden. Denken Sie bitte auch daran, wie schnell ein Unternehmen durch die Verfehlung der Quote einen Imageschaden, „frauenfeindlich“, erleiden kann, obwohl inhaltliche Argumente einen geringeren Frauenanteil durchaus rechtfertigen. Frauen benötigen den planwirtschaftlichen Ansatz einer Quote nicht, sondern sind „Frau“ genug, sich mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu behaupten.

Klaus Engberding